

Wenn Ältere ausgeschlossen werden

Mindestens in den Stellenausschreibungen ist die Altersdiskriminierung auf dem Rückzug

Im vergangenen Jahr haben nur noch knapp 4% der Stellenanzeigen in der Schweiz eine Obergrenze für das Alter enthalten – ein Fortschritt.

HANSUELI SCHÖCHLI

«Niemand darf diskriminiert werden», sagt die Bundesverfassung. Verboten ist demnach zum Beispiel eine Diskriminierung wegen Herkunft, Rasse, Geschlecht oder Alter. Trotzdem werden am Arbeitsmarkt laut Kritikern immer wieder Menschen diskriminiert. Politisch im Brennpunkt stehen vor allem mutmassliche Diskriminierungen von Frauen und von Älteren. Eine nationale Konferenz mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann soll nächste Woche die Lage der älteren Arbeitskräfte analysieren (NZZ 20. 4. 17).

Das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist in einer separaten Verfassungspassage und im Gleichstellungsgesetz rechtlich speziell verankert. Dies trifft für die Altersdiskriminierung nicht zu. 2014 sagte der Bundesrat in einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss, dass das allgemeine Diskriminierungsverbot der Verfassung für die Beziehung zwischen Staat und Bürgern gelte, für die Beziehung zwischen Privatpersonen hingegen nur dann, wenn es eine entsprechende gesetzliche Grundlage gebe. Deshalb wären laut einem Bundesjuristen die Chancen eines Betroffenen zum Beispiel bei einer Klage gegen (potenzielle) Arbeitgeber wegen Altersdiskriminierung klein.

Appelle statt Verbote

Dies gilt sogar für Fälle, in denen Arbeitgeber die Altersdiskriminierung offiziell verkünden – bei Stellenausschreibungen mit Altersangaben (zum Beispiel «zwischen 25 und 45»). Vor zwei Jahren hatte die Schlusserklärung zur ersten nationalen Konferenz über ältere Arbeitskräfte betont, dass Stelleninserate in der Regel auf die Altersangabe als Auswahlkriterium verzichten sollen. Die beteiligten Wirtschaftsverbände (Arbeitgeberverband und Gewerbeverband) können ihre Mitglieder allerdings nicht zu einem solchen Verzicht zwingen; sie müssen sich auf Appelle beschränken – angereichert vielleicht noch mit dem Hinweis, dass ohne «freiwilliges» Umdenken der Wirtschaft die Gesetzeskeule drohe. Zurzeit ist für ein gesetzliches Verbot von



Auf dem Papier sind ältere Arbeitnehmer den Jungen gleichgestellt – in der Praxis nicht immer.

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

Altersangaben in Inseraten kaum eine Mehrheit in Sicht.

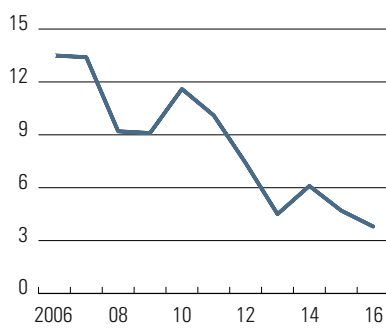
In der Praxis sind solche Inserate aber deutlich auf dem Rückzug, wie der Stellenmarktmontitor der Universität Zürich zeigt. Die Basis der Erhebungen sind Inserate in der Presse, auf Online-Stellenportalen und auf Firmen-Websites. Laut einer neuen Auswertung enthielten 2016 noch 3,8% aller Stelleninserate eine Obergrenze für das Alter; zum Teil ist die Obergrenze verbunden mit einer Untergrenze – sei dies in absoluter Form («25 bis 45») oder in leicht abgeschwächter Variante («Idealalter 25 bis 45»). Bei fast drei Vierteln der Fälle aus den letzten zehn Jahren mit Obergrenze lag diese bei 45 Jahren oder tiefer, nur in einem Sechstel der Fälle war die Obergrenze über 50.

Die Unterschiede zwischen den Branchen sind gemessen am Anteil der Inserate mit Obergrenze ziemlich gross – mit einer Bandbreite für 2016 von unter 1% (Gesundheitswesen) bis über 11% (Gastgewerbe / persönliche Dienste und Handel/Verkauf). Für die Gesamtwirtschaft zeigt der Trend deutlich nach unten. Vor zehn Jahren war der Anteil von Inseraten mit Altersobergrenze

noch mehr als dreimal so hoch wie 2016 (vgl. Grafik). Der Rückgang dürfte mit der gesteigerten politischen Sensibilisierung und zum Teil auch mit Fachkräfteknappheit zu tun haben. Ob der Rückgang der Altersgrenzen in den Inseraten die Chancen der Älteren erhöht oder nur das Alter als Auswahlkriterium ins Informelle verschiebt, ist eine andere Frage. Auf eine gewisse Skepsis lässt etwa der Informatiksektor schliessen,

Die formelle Diskriminierung

Anteil der Stellenausschreibungen in der Schweiz mit Altersobergrenze, in Prozent



QUELLE: STELLENMARKTMONTITOR UNIVERSITÄT ZÜRICH NZZ

wo offizielle Altersgrenzen relativ selten sind (Quote 2,5% für 2016), Ältere es aber trotzdem relativ schwer haben.

Schein und Sein

«In der Praxis spielt das Alter nach wie vor eine grosse Rolle», sagt der auf Informatiker spezialisierte Personalvermittler Beat Mühlemann von der Mühlemann IT-Personal AG in Bern. «In der Vermittlung von Informatikern wird es ab einem Alter von 50 Jahren schwierig.» Ältere gelten laut Mühlemann bei Arbeitgebern als weniger flexibel und weniger weltoffen, und zudem seien viele der heute 55- bis 60-jährigen Informatiker einst Quereinsteiger gewesen und hätten ohne breiten theoretischen Rucksack Probleme, wenn ältere Technologien obsolet würden.

Ein grosses Problem sind gemäss dem Personalvermittler vor allem auch die Löhne und Sozialkosten der Älteren. Mühlemann appelliert an die Politik, von den höheren Pensionskassenbeiträgen für Ältere wegzukommen. Er appelliert aber auch an die Älteren, «sich von ihren Vorstellungen von hohen Löhnen zu verabschieden».

Zähe Integration von Flüchtlingen in Deutschland

Von den 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen hatten im Herbst 2016 etwa 12% eine Stelle oder machten Praktika. Laut einer neuen Studie dürfte nach fünf Jahren rund die Hälfte der Flüchtlinge einen Job haben.

Bei. Berlin · Ende März sind die letzten Flüchtlinge in Berlin aus den Turnhallen ausgezogen. Nach dem starken Zuzug im Herbst 2015 waren in der Hauptstadt zuweilen 10 000 Menschen in solchen Massenunterkünften untergebracht gewesen. Doch seit damals hat sich die Lage in Deutschland deutlich entspannt. Die Zahl der Einreisenden lag in den ersten drei Monaten 2017 bei je knapp 15 000 Personen – im Oktober 2015 zum Beispiel waren es über 180 000 gewesen. Bleibt es bei den derzeitigen Zahlen, wird 2017 die Marke von 200 000 Flüchtlingen unterschritten, die etwa die bayrische CSU als «Obergrenze» propagiert. Der Rückgang hilft den Behörden, den riesigen Stau an Asylgesuchen abzubauen. In den ersten drei Monaten kamen 54 000 neue Gesuche dazu. Drei Viertel der Gesuchsteller sind jünger als 30 Jahre, 63% männlichen Geschlechts.

Viele Minijobs oder Praktika

Grösste Herausforderung bleibt es, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gespannt hat man deshalb auf erste Daten gewartet, die einen Hinweis darauf geben, wie lange dies dauern könnte. Laut der Bundesagentur für Arbeit hat in den letzten zwei Jahren die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus den wichtigsten nichteuropäischen Herkunftsländern der Flüchtlinge – darunter Syrien, Afghanistan, der Irak, Iran, Eritrea und Somalia – um 687 000 Personen zugenommen. Gleichzeitig ist die Beschäftigung aus diesen Ländern um 80 000 Personen gestiegen.

Ähnliche Ergebnisse liefert eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unter 4800 Geflüchteten, die 2013 bis 2016 nach Deutschland gekommen sind. Von den Flüchtlingen, die Anfang 2016 gekommen waren, waren zum Zeitpunkt der Befragung ein halbes Jahr später 6% erwerbstätig, von den 2015 eingereisten 10%, den 2014 zugezogenen 22% und den 2013 gekommenen 31%. Wenn man indes Minijobs (bis 450 € Verdienst je Monat) und bezahlte Praktika nicht berücksichtigt, kommt man zum Beispiel für 2015 Zugezogene nur auf 5%, für 2013 Eingereiste auf 21%. Der Anteil der Praktikanten wird jedoch sinken, je länger die Flüchtlinge im Land sind.

Etwas günstigerer Verlauf

Wie verhalten sich diese Zahlen nun zu den Erfahrungen aus den 1990er und den 2000er Jahren? Damals hatten rund 70% der Flüchtlinge keine abgeschlossene Berufsausbildung, was bei den jüngst Zugereisten ähnlich ist. Die Erwerbstätigenquote lag für die damals eingereisten Flüchtlinge nach einem Jahr bei einem Zehntel, nach sechs Jahren bei der Hälfte und erreichte nach fünfzehn Jahren 70%. Sie näherte sich damit erst nach dieser langen Zeit derjenigen anderer Zuwanderer an.

Laut IAB deutet die Umfrage darauf hin, dass die Entwicklung derzeit «geringfügig günstiger» verläuft als in der Vergangenheit. Hilfreich ist besonders die bisher robuste Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes. Allerdings sind im Herbst 2015 innert kurzer Zeit so viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen wie vorher noch nie. Die vielen Geringqualifizierten werden oft im Niedriglohnssektor Unterschlupf suchen. Damit wird in diesem Bereich die Konkurrenz zunehmen. Dennoch hält es das IAB für realistisch, dass nach fünf Jahren etwa die Hälfte der Flüchtlinge erwerbstätig sein wird.

Hurrikan Donald hat sich verzogen

Mexikos Zentralbankchef lässt keinerlei Zeichen von Bitterkeit gegenüber den USA erkennen

MARTIN LANZ, WASHINGTON

Trump hat es am Dienstag wieder getan: das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) verteuert und mit dessen Kündigung gedroht. Prompt gab der mexikanische Peso nach. Agustín Carstens, seit 2010 Chef der mexikanischen Zentralbank, lässt sich davon aber nicht aus der Ruhe bringen. Bei einem Auftritt am Donnerstag in Washington am Rande der Frühjahrstagung von IMF und Weltbank wollte er auf die Sprunghaftigkeit des US-Präsidenten nicht eingehen. Wichtiger seien die Trends in den Beziehungen zu den USA, und deren jüngste Entwicklung schätzt der 58-jährige Ökonom insgesamt als positiv ein.

Dass ein so erfahrener Wirtschaftspolitiker wie Carstens nicht unnötig Öl ins Feuer giesst, darf man erwarten. Dennoch ist einigermassen überraschend, wie nüchtern er die Diskussion rund um die Zukunft von Nafta sieht.

Carstens begann seine Karriere 1980 und übernahm in der Folge höchste Chargen in Mexikos Finanzministerium

und Zentralbank wie auch auf internationaler Ebene beim IMF und bei der in Basel beheimateten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), deren Führung er Ende Jahr übernimmt.

Er hat Mexikos Wandlung vom korrupten Petro-Staat zu einer modernen, global integrierten Volkswirtschaft entscheidend mitgeprägt. Nafta hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Nach 23 Jahren, in denen viel passiert sei, gebe es aber tatsächlich gute Gründe, das Freihandelsabkommen nachzubessern und aufzudatieren, sagte Carstens am Donnerstag. Man müsse sich nur die Revolution in der Telekommunikation (und damit im E-Commerce) oder die Entwicklungen im Energiesektor, der Anfang der neunziger Jahre aus Nafta komplett ausgeklammert worden war, vor Augen führen.

Statt nach den Trumpschen Attacken eine defensive, beleidigte Haltung einzunehmen, wie das mexikanische Politiker zuweilen tun, gibt sich Carstens pragmatisch. Wenn sich beide Seiten konstruktiv engagierten – wie das offenbar hinter den Kulissen der Fall ist –,

könne Nafta für beide Seiten gewinnbringend reformiert werden, ist er überzeugt. Carstens lässt auch keine Frustration durchblicken wegen der Unannehmlichkeiten, welche ihm Trumps Gezeter bei der Führung der mexikanischen Geldpolitik bereitet.

Ein Grund ist, dass seine Zentralbank auch noch mit anderen, potenziell

Erholung vom Trump-Schock

Mexikanischer Peso in Dollars



QUELLE: FACTSET NZZ-Infografik/cke.

entscheidenderen Herausforderungen wie der Zinswende in den USA und der Volatilität des Erdölpreises konfrontiert ist. Neben der Dollarschwäche hat seit Anfang Jahr die Liberalisierung der Benzinpreise in Mexiko die Inflation stark angetrieben. Im März stieg sie auf 5,4% und übertraf damit das Inflationsziel der Zentralbank von 3% deutlich.

Weil es sich dabei aber nach der Benzinpreis-Liberalisierung um eine einmalige Anpassung der relativen Preise handelt, sieht die Zentralbank darüber hinweg und ergreift keine zusätzlichen Massnahmen. Die Entwicklung der Inflationserwartungen zeige, dass das auch Marktteilnehmer so sähen und dass der Preissprung rasch wieder aus den Inflationszahlen verschwinden werde, sagte Carstens. Zudem: In Zeiten erhöhter Unsicherheit sei es Aufgabe der Behörden, zuallererst bei jenen Risiken anzusetzen, die man selber beeinflussen könne. Mexiko tue das mit einer glaubwürdigen Geld- und Haushaltspolitik. Gegen das lockere Mundwerk Trumps dagegen habe sie keine Handhabe.